



4.9.2018

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Haushaltsausschuss

zu dem Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das  
Haushaltsjahr 2019  
(2018/2046(BUD))

Verfasser der Stellungnahme: Derek Vaughan

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. hebt hervor, dass die Kohäsionspolitik von großer Bedeutung ist, zumal es sich dabei um die wichtigste Investitionsmaßnahme der Union handelt, mit der zur Verringerung wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Ungleichheiten zwischen den und innerhalb der Regionen der EU beigetragen wird, verhindert wird, dass Regionen abgehängt werden, zu intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wirtschaftswachstum beigetragen wird, neue Arbeitsplätze geschaffen werden und gegen Arbeitslosigkeit vorgegangen wird, die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und der Zugang zu den Weltmärkten verbessert wird, Innovationen in städtischen und ländlichen Gebieten gefördert und den örtlichen und regionalen Behörden Anreize geboten werden, den Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaft zu bewältigen; weist darauf hin, dass jeder Euro, der in die Kohäsionspolitik investiert wird, erwiesenermaßen eine Kapitalrendite von 174 % bringt<sup>1</sup>, und dass weniger Investitionen weniger Wachstum und weniger Arbeitsplätze für die Bürger bedeuten würden; unterstreicht, dass die Kohäsionspolitik für alle Mitgliedstaaten von Vorteil ist; fordert, dass der Stellenwert der Mittel aus dem Kohäsionsfonds als wichtigste Investitionsmaßnahme der Union mit einem Haushalt beibehalten wird, der den ehrgeizigen Zielen der Kohäsionspolitik gerecht wird;
2. ruft in Erinnerung, dass die Kohäsionspolitik eines der bedeutendsten Instrumente ist, wenn es darum geht, die wichtigsten Prioritäten im von der Kommission vorgelegten Entwurf des Haushaltsplans für 2019 – nämlich die europäische Wirtschaft stärker und krisenfester zu machen, die Ungleichheiten innerhalb der Union abzubauen, Arbeitsplätze zu schaffen und für Solidarität und Sicherheit innerhalb und außerhalb der Grenzen der EU sowie für einen ordnungsgemäßen Vollzug des EU-Haushalts zu sorgen – in Angriff zu nehmen; betont in dieser Hinsicht die Bedeutung der Zusagen im Rahmen des Übereinkommens von Paris und der Verwirklichung der Klimaschutz- und Energieziele der EU; betont, dass die Fördermittel der EU sichtbarer gemacht und die im Rahmen der Kohäsionspolitik erzielten Ergebnisse besser vermittelt werden müssen; hält die Kommission dazu an, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten das Bewusstsein für die verschiedenen Investitionsmöglichkeiten, die die EU bietet, zu schärfen, innovative Projekte vorzustellen und bewährte Verfahren weiterzugeben;
3. begrüßt, dass die derzeitigen Programme, deren Mittel in den Anfangsjahren des Zeitraums 2014–2020 nicht ausgeschöpft wurden, inzwischen gut angelaufen sind und die Ausführungsquote bei den entsprechenden Mitteln für Zahlungen und die Projektauswahlquote verbessert wurden; weist darauf hin, dass die zu Beginn des Programmplanungszeitraums verzeichneten Verzögerungen zu einem Rückstand bei den Auszahlungsanträgen im Jahr 2019 führen können; nimmt die Anstrengungen zur Kenntnis, die die Kommission unternommen hat, um einen unnötigen Rückstau zu verhindern; fordert in diesem Zusammenhang, dass für eine zügige Umsetzung Mittel für Zahlungen in ausreichender Höhe bereitgestellt werden; fordert, dass die Kommission in Anbetracht aktueller Berichte über nach Mitgliedstaaten

---

<sup>1</sup> Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen vom 19. September 2016 zur Ex-post-Bewertung des EFRE und des Kohäsionsfonds 2007–2013 (SWD(2016)0318).

aufgeschlüsselte Auszahlungen, denen zufolge einige Mitgliedstaaten hinsichtlich der Auszahlung der Mittel verhältnismäßig weit im Rückstand sind, die Schwachstellen ermittelt und Maßnahmen ergreift, damit die Mittel der ESI-Fonds besser ausgeschöpft werden;

4. stellt fest, dass im Entwurf des Haushaltsplans für 2019 vorgeschlagen wird, die Mittel für Zahlungen im Vergleich zum vorangegangenen Haushalt um 1,1 % aufzustocken, wobei jene für den Kohäsionsfonds und die europäische territoriale Zusammenarbeit jeweils um 8,9 % bzw. 3,6 % gekürzt werden sollen, und die Mittel für Verpflichtungen in der Rubrik 1b um 2,8 % aufzustocken; fürchtet, dass diese Beträge nicht ausreichen, um dem Umsetzungstempo der Programme dieser Rubrik zu entsprechen und zu vermeiden, dass es erneut zu einem Rückstand bei unbeglichenen Forderungen kommt, der die Glaubwürdigkeit der Kohäsionspolitik untergraben würde; hebt daher hervor, dass mehr Mittel für Zahlungen erforderlich sind, um aufzuzeigen, dass die EU in der Lage ist, ihren Zusagen nachzukommen, und somit ihre Glaubwürdigkeit zu stärken;
5. weist die Kommission erneut darauf hin, dass es bei der Benennung der nationalen Verwaltungsbehörden zu Verzögerungen gekommen ist; hebt hervor, dass zum 31. Mai 2018 noch die nationalen Verwaltungsbehörden für 16 Programme zu benennen sind; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, aktiv zusammenzuarbeiten, um das Benennungsverfahren so bald wie möglich abzuschließen und sicherzustellen, dass die aktuellen Programme reibungslos durchgeführt werden können; fordert die Mitgliedstaaten auf, Anstrengungen zu unternehmen, um die Absorptionskapazität zu stärken und die Umsetzung der Projekte zu beschleunigen, damit die Verzögerungen aufgrund der nicht abgeschlossenen Finanzierung aus dem Kohäsionsfonds im laufenden Haushaltsjahr abgebaut werden; betont erneut, dass die Umsetzung der Finanzierung verbessert und der Verwaltungsaufwand verringert werden muss, und fordert die Mitgliedstaaten auf, mit Blick auf eine bessere Umsetzung enger mit der Arbeitsgruppe der Kommission zusammenzuarbeiten, damit die Kapazität für die Verwaltung der Finanzierung aus dem Kohäsionsfonds gestärkt wird;
6. nimmt den Vorschlag zur Kenntnis, die Mittel für das Programm zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP) für den Zeitraum 2019–2020 um 80 Mio. EUR und somit den Entwurf des Haushaltsplans für 2019 um 40 Mio. EUR aufzustocken, sodass sich das Gesamtvolumen des SRSP auf 222,8 Mio. EUR beläuft; weist warnend darauf hin, dass die Erhöhungen durch die Inanspruchnahme des besonderen Instruments und nicht auf Kosten der Kohäsionspolitik finanziert werden sollten; fordert die Kommission auf, nach weiteren Synergien mit den ESI-Fonds und anderen Programmen der EU mit Bezug zu Wissenschaft, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, wie zum Beispiel Horizont, sowie nach Möglichkeiten zu suchen, diese Maßnahmen zu ergänzen, um Innovationen und die Digitalisierung in ländlichen Gebieten und der ländlichen Wirtschaft zu fördern;
7. begrüßt, dass sich der Kohäsionsfonds in Konfliktgebieten – etwa in Form des PEACE-Programms für Nordirland – überaus positiv ausgewirkt hat; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den Friedensprozess durch die Fortsetzung der Finanzierung bestimmter spezifischer Programme wie des PEACE-Programms unter noch festzulegenden Voraussetzungen und unbeschadet der laufenden Verhandlungen weiterhin zu unterstützen; betont, dass sich die Mittel der Programme der europäischen

territorialen Zusammenarbeit und insbesondere diejenigen, die für die länderübergreifende Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Union bereitgestellt werden, auch positiv auf die Erweiterungspolitik auswirken können.

## ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	3.9.2018
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 23 -: 0 0: 0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Pascal Arimont, Mercedes Bresso, Aleksander Gabelic, Michela Giuffrida, Ivan Jakovčić, Louis-Joseph Manscour, Iskra Mihaylova, Andrey Novakov, Younous Omarjee, Mirosław Piotrowski, Liliana Rodrigues, Ruža Tomašić, Ramón Luis Valcárcel Siso, Monika Vana, Matthijs van Miltenburg, Lambert van Nistelrooij, Derek Vaughan, Kerstin Westphal
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Daniel Buda, Raffaele Fitto, Elsi Katainen, Tonino Picula, Maria Gabriela Zoană

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

23	+
ALDE	Ivan Jakovčić, Elsi Katainen, Iskra Mihaylova, Matthijs van Miltenburg
ECR	Raffaele Fitto, Mirosław Piotrowski, Ruža Tomašić
GUE/NGL	Younous Omarjee
PPE	Pascal Arimont, Daniel Buda, Lambert van Nistelrooij, Andrey Novakov, Ramón Luis Valcárcel Siso
S&D	Mercedes Bresso, Aleksander Gabelic, Michela Giuffrida, Louis-Joseph Manscour, Tonino Picula, Liliana Rodrigues, Derek Vaughan, Kerstin Westphal, Maria Gabriela Zoană
VERTS/ALE	Monika Vana

0	-

0	0

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung